

PRESSEMITTEILUNG #230 – 16. September 2021

Beate Raudies

Jamaika lässt Verbraucher*innen mit hohen Dispozinsen im Stich

Zur Ablehnung des SPD-Antrages zum Dispozins im Finanzausschuss erklärt die finanzpolitische Sprecherin, Beate Raudies:

„Die Jamaika-Koalition hat mit der Ablehnung unseres Antrages zur gesetzlichen Begrenzung der Dispositionsinsen ein weiteres Mal bewiesen, dass der Schutz von Verbraucher*innen für sie keinen hohen Stellenwert hat. Sie verschließt die Augen davor, dass die Dispozinsen in Deutschland endlich reguliert und transparenter werden müssen. Leidtragend bleiben die Verbraucher*innen, die teilweise Zinsen im zweistelligen Bereich akzeptieren müssen, während sich die Geldinstitute zu 0,0 Prozent über den Leitzins refinanzieren können.

Dabei hat die Anhörung gezeigt, dass die Dispozinsen zwar selten alleiniger Grund für private Verschuldung sind. Für von Überschuldung Betroffene werden sie jedoch schnell zu einer zusätzlichen Kostenfalle. Durch die Folgen der Corona-Pandemie ist diese Gefahr für viele Verbraucher*innen noch weiter gewachsen. Wir sehen die Banken deshalb klar in der Pflicht, die Folgekosten transparenter darzulegen und Menschen in Finanzieller Not schneller Hilfestellung anzubieten. Es wird dringend Zeit, dass sich auch in Schleswig-Holstein wieder Mehrheiten finden, denen der Schutz der Verbraucher*innen wichtiger ist. Diese Mehrheit wird es nur mit der SPD geben.“

i.V. Felix Deutschmann